



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 7/15

I. Das Wichtigste zuerst

1. Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion– Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Arbeit und Gesellschaft verwirklichen

In meinem letzten Brief habe ich auf den Kongress hingewiesen, der am Montag im Paul-Löbe-Haus stattgefunden hat. Neben Bundestagsabgeordneten unserer Fraktion waren viele Menschen mit Behinderung beteiligt. Insgesamt waren ca. 350 Personen anwesend. Im ersten Teil fand eine Podiumsdiskussion: **„Inklusive Angebote im Gesundheitswesen, in der Pflege, beim Wohnen und in der Freizeit stärken“** mit dem **Pflegebeauftragten der Bundesregierung Karl-Josef Laumann** statt. Nach der Pause stand das Thema **„Arbeit und Beschäftigung – Aus der Praxis für die Politik“** auf dem Programm. Eines wurde bei der Veranstaltung ganz deutlich: Es gibt nicht **den** Behinderten oder **die** Behinderte! Menschen haben unterschiedliche Behinderungen und demnach unterschiedliche Bedürfnisse. Wir müssen ein Bundesteilhabegesetz vorlegen, welches die Menschen bei ihrem ganz speziellen Bedarf unterstützt und die individuelle Situation jedes Einzelnen verbessert. Ganz wichtig dabei ist, dass Leistungen möglichst aus einer Hand erbracht werden. Die auch in der Diskussion vorgetragene Erfahrungen der Betroffenen zeigen, dass es ein deutliches Defizit an der sinnvollen Umsetzung der bereits bestehenden Regelungen gibt. Barrieren im Alltag abbauen ist wichtig, aber auch der Abbau der Barrieren in Köpfen ist aus Sicht der Betroffenen nicht weniger bedeutend.

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe.

Mit Trauer und Entsetzen, aber auch mir großer Wut habe ich die Nachricht vom Flugzeugabsturz in Frankreich vernommen.

Das Schicksal eines Unglücks beendet alle Pläne, Wünsche, Hoffnungen von so vielen Opfern und den Menschen, denen sie nahe stehen.

Meine Gedanken und Gebete sind bei den Eltern und Geschwistern der verunglückten Schülerinnen und Schüler aus Haltern am See, aber auch bei allen anderen Menschen, die den Verlust von Angehörigen beklagen müssen.

Das schreckliche Unglück macht einmal mehr auf brutale Weise deutlich, wie wertvoll das Leben ist, da es doch so jäh und ohne Vorwarnung beendet sein kann. Lassen Sie uns also achtsam mit unseren Mitmenschen und unserer Zeit umgehen.

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Osterfest im Geist der Auferstehung Christi; fröhliche, sonnige Frühlingstage mit Ihren Familien.

*Mit herzliche Grüßen
Ihre*

Gabriele Schmidt



Die **Integration in den ersten Arbeitsmarkt** ist eine große Herausforderung und Aufgabe, der wir uns Politiker stellen müssen. Bei der Diskussion wurde deutlich, dass es an Vermittlungsstrukturen fehlt. Wir müssen die Arbeitgeber mehr unterstützen und ermutigen, Menschen mit Behinderungen einzustellen, denn viele Menschen mit Behinderung können und wollen arbeiten. Das Wahlrecht ist aber genauso wichtig, daher muss es jedem Menschen möglich sein, auch weiterhin in einer Werkstatt für Behinderte arbeiten zu können. Die Anhebung bzw. Abschaffung der Vermögensgrenze von derzeit 2600 Euro wurde ebenfalls gefordert.

Die Bundesregierung nimmt das Thema sehr ernst. **Peter Altmaier, Chef des Bundeskanzleramtes**, hat in seinem Grußwort versichert, dass die Bundeskanzlerin und er wollen, dass die Situation von Menschen mit Behinderungen verbessert und ihre Rechte gestärkt werden. Meine Fraktion und ich arbeiten derzeit mit unserem Koalitionspartner an einem Eckpunktetapier, welches als Leitfaden für das neue Bundesteilhabegesetz dienen wird.

Auf der Seite der [CDU/CDU-Bundestagsfraktion](#) finden Sie die Aufzeichnung und Bilder zu dem Kongress.

2. Gespräch der südbadischen Abgeordneten mit der IHK Hochrhein-Bodensee

Am Gespräch in Berlin nahmen Thomas Conrady, Präsident der IHK Hochrhein-Bodensee und Prof. Dr. Claudius Marx, Hauptgeschäftsführer der IHK Hochrhein-Bodensee teil. Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP), Neuregelung der Erbschaftssteuer für Unternehmensvermögen und Abfertigung der Ausfuhrkassenzettel waren die Themen. Die Umsetzung des Mindestlohngesetzes, Frauenquote und das geplante Entgeltgleichheitsgesetz waren ebenfalls Gegenstand des Gesprächs.

3. Auslaufen der Milchquote – Antrag der CDU/CSU und SPD



An der Milchproduktion hängen in hohem Maße Wertschöpfung und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen, so auch in unserer. Durch die flächendeckende Milchviehhaltung auf Grünlandstandorten werden große Teile unserer Kulturlandschaft geprägt und gepflegt. **Bis zum 31. März 2015 wird der europaweite Ausstieg aus dem Milchquotensystem vollständig vollzogen.** Die Konsequenzen dieses politischen Schrittes auf die Akteure und Betriebe auf dem Milchmarkt können bisher nicht abschließend bewertet werden. Dies kam auch im Rahmen der am Montag diese Woche stattgefundenen **Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft** zum Ausdruck, an der u.a. der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) teilgenommen hat. Schwankende Preise würden insbesondere kleinere und mittlere Familienbetriebe in Deutschland vor große Herausforderungen stellen. Die Folgen des Ausstiegs müssen von der Politik daher intensiv beobachtet und analysiert werden. Wir möchten unsere Milcherzeuger bei dem Systemwechsel auf keinen Fall alleine lassen. Den **vollständigen Antrag**, in dem wir die Bundesregierung auffordern, die Milcherzeuger zu unterstützen und ihre Marktsituation weiter zu stärken, finden Sie [hier](#).

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer zeitbezogenen Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (Maut). Wir haben in zweiter und dritter Lesung die Einführung einer Abgabe für alle Nutzer der deutschen Bundesfernstraßen beschlossen und damit einen weiteren Punkt aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Alle, die auf Deutschlands Fernstraßen unterwegs sind, müssen künftig dafür zahlen. Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen. Für sie gilt die Abgabe nur auf Autobahnen. Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden. Diese Jahresvignette gilt auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit. Für Halter von Pkw und Wohnmobilen, die **in Deutschland zugelassen sind, entstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die Kfz-Steuer wieder zurückfließt.** Die Pkw-Maut ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.

2. Gesetz zur Bekämpfung der Korruption. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in erster Lesung beraten haben, sollen im Wesentlichen verschiedene internationale Rechtsinstrumente im Bereich der Korruption im deutschen Strafrecht umgesetzt werden. Unter anderem sollen die Strafvorschriften zur Bestechung und Bestechlichkeit sowie der Vortatenkatalog des Geldwäschetatbestands erweitert werden.

III. Sonstiges

Praktikum im Berliner Büro



Mein Name ist Simon Kocinski, ich bin am 6.3.1999 geboren und besuche zurzeit die 10. Klasse des Lise-Meitner Gymnasiums in Grenzach-Wyhlen, Südbaden. Da es für mich so langsam auf das Abitur zugeht und ich schon immer mal mehr über unseren Regierungsapparat hier in Deutschland erfahren und auch mal aus unmittelbarer Nähe erleben wollte wie der Alltag im Bundestag aussieht, habe ich mich für ein kurzes Praktikum im Bundestag beworben. Weil mein Wahlkreisabgeordneter Armin Schuster keinen freien Praktikantenplatz in seinem Büro mehr hatte, durfte ich bei Frau Schmidt mein Praktikum absolvieren.

Schon Anfang der Woche durfte ich bei einem Kongress über die Inklusion von Menschen mit Behinderungen teilnehmen. Ich hatte auch die Möglichkeit bei einer Arbeitsgruppensitzung

über Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dabei zu sein. Am Mittwoch nahm ich dann noch an einer Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales teil, in dem neue und brisante Themen vorgeführt und besprochen wurden. Ebenso bekam ich die Möglichkeit, ein Gespräch mit der IHK Hochrhein-Bodensee zu verfolgen. Ein Plenarbesuch und die Teilnahme am Rollenspiel „Plenarsitzung“, bei dem ich selbst in die Rolle eines Politikers reinschlüpfen konnte, gehörten zu weiteren Höhepunkten der spannenden Woche. Ich danke Frau Schmidt für die Chance und die wertvollen Erfahrungen, die ich durch den Einblick in den politischen Alltag von Abgeordneten in Berlin machen durfte!

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 31. März, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- | | |
|-------------------|--|
| 30. März: | • Antrittsbesuch in der Gemeinde Bernau, Gespräch mit Bürgermeister Rolf Schmidt |
| 31. März: | • Gemeinsamer Antrittsbesuch mit Thomas Dörflinger MdB in der Gemeinde Gundelfingen, Gespräch mit Bürgermeister Raphael Walz |
| 31. März: | • Antrittsbesuch in der Gemeinde Buchenbach, Gespräch mit Bürgermeister Harald Reinhard |
| 14. April: | • Treffen mit dem Arbeitskreis Inklusion, Kindergarten Gurtweil, Waldshut-Tiengen |
| 15. April: | • Frühjahrshauptversammlung der Zimmerer-Innung Waldshut-Bad Säckingen – Diskussion zum Thema „Mindestlohn“ |